

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 08/2023 vom 23.02.2023

---

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Lewicka: Die Zeit einer neuen Generation von Politikern ist gekommen. Sie verwandeln den moralischen Verfall in einen Wahlsieg*
- *Andrzej Poczobut nominiert für die Goldene Feder der Freiheit*
- *Warum schränkt die PiS das Wahlrecht für die Auslandspolen ein? „3/4 der Auslandspolen haben für Trzaskowski gestimmt“*
- *Was ist ein Sieg? Expertin: USA und Ukraine stehen vor schwierigen Gesprächen*
- *Die EG beschwert sich beim EuGH über das Przyłębska-Tribunal. „Eine historische Klage. Wer den Wind sät, wird den Sturm ernten“*
- *Wie viele Verbrechen muss Russland in der Ukraine noch begehen, damit es von den Olympischen Spielen ausgeschlossen wird?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

## Lewicka: Die Zeit einer neuen Generation von Politikern ist gekommen. Sie verwandeln den moralischen Verfall in einen Wahlsieg



Karolina Lewicka

Quelle: [natemat.pl](https://natemat.pl)

Ein Kommentar von **Karolina Lewicka**

Die geballten Fäuste von Janusz Kowalski und der tosende Jubel, mit dem der Bildungsminister gefeiert wurde, stehen nicht nur für die letzten Tage, sondern für die gesamten acht Jahre der PiS an der Macht. Wie die Partei begonnen hat, so endet sie auch. Unverschämt und rücksichtslos. Arrogant und unhöflich. Die PiS hat sich darauf spezialisiert, eine Grenze nach der anderen der politischen Kultur, der guten Sitten und des normalen menschlichen Anstands zu überschreiten. Das ist nicht einmal mehr eine politische Taktik - es ist eine politische Haltung, hinter der absolute Schamlosigkeit steht. Sie kaufen sich mit öffentlichen Geldern Villen, verhöhnen die Opposition und lachen den Bürgern ins Gesicht. Bravo, Herr Minister! Bravo!

PiS-Politiker sind, was sie sind, und sie dürfen genau das sein - herrisch, arrogant und frech -, weil sie bisher niemand dafür verjagt hat. Ihre eigene Wählerschaft mag diese Haltung wahrscheinlich sogar und respektiert sie vielleicht. Schließlich ist es manchmal so, dass die Unverschämten ihre Umgebung beeindrucken. Denn sie gehen wie ein Rammbock vor, um ihren Willen durchzusetzen, ohne Rücksicht zu nehmen. Sie nehmen sich, was sie wollen, positionieren sich so, wie sie es für richtig halten. Und sie sind außerdem straffrei, sicher nicht von Reue geplatzt. Na ja, und auch nicht von Schamgefühlen geplatzt, denn sie haben keinen Funken Schamgefühl. Also müssen ihre Wähler von der PiS beeindruckt oder zumindest nicht angewidert sein.

Was den Rest angeht ... Nun, es hat mich fassungslos gemacht. Wenn es scheint, dass das Verhalten eines Politikers extrem unglaubwürdig ist, dann schreitet PiS ein und zeigt, was es kann. Und die Empörung der Beobachter scheint die Machthaber zu ermutigen, weiter zu lügen oder zu stehlen, also ihre nackte Macht zur Schau zu stellen.

Sie kritisieren uns? Sie wollen, dass wir nachgeben oder uns entschuldigen? Wir sind es, die ihnen zeigen werden, wozu wir noch fähig sind. Włodzimierz Cimoszewicz hat das vor langer Zeit anschaulich auf den Punkt gebracht: „Ein Rüpel in schlammigen Gummistiefeln kam ins Wohnzimmer, entledigte sich und sagte: Ihr könnt mir nichts anhaben.“

### **PiS und die neue „Qualität“**

Das ist eine völlig neue Qualität in der polnischen Politik, auch wenn das Wort „Qualität“ hier nicht ganz passend ist. PiS auf frischer Tat ertappt, schreit nicht einmal mehr, dass es nicht sie waren, sondern spottet und verhöhnt. Die PiS hat als erste damit begonnen, die Wählerschaft ihrer politischen Konkurrenten zu beleidigen, was noch nie vorgekommen ist: Die Parteien haben sich gegenseitig bekämpft, aber sie haben sich von den Wählern der anderen ferngehalten, weil ihr Selbsterhaltungstrieb sie daran hinderte, sie zu verprellen - vielleicht kann man sie ja eines Tages auf die eigene Seite ziehen?

Die PiS hat erklärt, dass solche Hoffnungen vergebene Liebesmüh sind - erklärte Wähler von Tusk oder der Linken werden nicht für Kaczyńskis Mannschaft stimmen, daher das Festival der Beschimpfungen, mit denen diejenigen, die für die Opposition stimmen, überhäuft werden: von „der schlechteren Sorte“ bis zu „Kommunisten und Dieben“. Bei den eigenen Wählern dürfte dies Begeisterung hervorrufen. Die PiS entschuldigt sich nie für irgendetwas.

Wie Kazimierz Brodziński, ein Dichter vom Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts, schrieb: „Wo Scham ist, ist noch Tugend.“ Da es keine Scham gibt, gibt es auch keine Tugend, und genau auf diesen Mangel - auch eine wichtige Neuerung – rühmt sich die PiS. Mehr noch: Die PiS macht sich über diejenigen lustig, die den Anforderungen des öffentlichen Lebens gerecht werden. Was für naive Leute! Schwächlinge! Und in der Tat führt diese straffreie Unverschämtheit der PiS zu der verzweifelten Ohnmacht aller anderen. Denn wenn die PiS nicht beschämt werden kann, was kann man dann tun? Wenn Regeln für sie nichtig sind, worauf kann man sich dann berufen?

### **Damit ein Skandal bessere Standards schafft**

Vor einem Dutzend Jahren erinnerte die Wochenzeitschrift *Polityka* an die Lehren des Soziologen, aber auch Anfang der 1990er Jahre Abgeordneten und stellvertretenden Sejm-Sprechers, Prof. Jacek Kurczewski, über die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Skandal bessere Standards im politischen Bereich schafft.

Erstens: Das unwürdige Verhalten einer bestimmten Person muss die Gesellschaft bewegen. Zweitens: Der Skandalist trägt die Verantwortung für sein unwürdiges Verhalten. Und er fühlt sich schuldig! Und schließlich braucht es die richtige moralische Atmosphäre. Schauen Sie sich die PiS an - ihre Politiker fühlen sich nie schuldig oder verantwortlich, und die Aufregung über einen Skandal hat im Allgemeinen keine Auswirkungen auf ihre Wählerschaft. Skandale bleiben nicht nur unbemerkt, sie bauen diese Mannschaft sogar auf. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es zwischen den Politikern dieses Lagers sogar einen Wettbewerb um das hasserfüllteste Bonmot oder die ekelhafteste Lüge gibt.

### **PiS über ein „neues“ Massaker an Bergleuten**

In letzter Zeit ist Rafal Bochenek in meiner persönlichen Rangliste an die Spitze gerückt. Nachdem er zum Sprecher der PiS ernannt wurde, tut er sein Bestes, um in der Parteizentrale in der Nowogrodzka[-Straße] zu punkten. Er ist in der Lage seinen Schwachsinn und seine Niedertracht ohne mit der Wimper zu zucken übermitteln und schaut wahrscheinlich auch, ohne zu zögern, in den Spiegel.

Kürzlich kam die PiS auf die Proteste von 2015 vor dem Sitz des Koks- und Kohleproduzenten Jastrzębska Spółka Węglowa zurück. Sie wurden mit Gummigeschossen niedergeschlagen, was die Staatsanwaltschaft zweimal untersuchte, das zweite Mal unter Zbigniew Ziobro, der die Ermittlungen einstellte.

Der derzeitige Polizeichef, General Jarosław Szymczyk, der damals Kommandant in Schlesien war, berichtete den Abgeordneten, dass die Mehrheit der Festgenommenen sich in einem alkoholisierten Zustand befand und dass „die Ergebnisse manchmal beeindruckend waren, da sie sich im Bereich von drei Promille bewegten“, während die Polizei „nicht zulassen konnte, dass weitere Angriffe (...) in ihre Richtung Schrauben fliegen, da sie eine Bedrohung für Leben und Gesundheit darstellen“. Neben Schrauben wurden auch Gehwegplatten, Bretter, Steine und Feuerwerkskörper verwendet. Zu den Demonstranten gesellten sich maskierte und betrunkene Hooligans.

Rafał Bochenek zeigt jedoch mit dem Finger auf die Bürgerplattform und sagt, ohne zu zögern: „Sie sind es, die politisch für das Massaker an Bergleuten bei JSW im Jahr 2015 verantwortlich sind“, wobei er wahrscheinlich bewusst den Ausdruck „Massaker an Bergleuten“ verwendet, denn er hat in Polen eine eindeutige Assoziation und es geht genau um die Provokation einer solchen Assoziation.

Geben Sie diese beiden Wörter in eine Suchmaschine ein. Was taucht auf? Nur das Massaker an Bergarbeitern in der Kohlenmine von Wujek vor zweiundvierzig Jahren, als die Volksregierung das Feuer auf Demonstranten eröffnete, die gegen die Verhängung des Kriegsrechts protestierten. Neun Menschen starben und 23 wurden verwundet.

Und jetzt erzählt uns Herr Bochenek von einem Massaker durch die PO. Bravo, Herr Abgeordneter! Bravo!

**Zsfg.: AV**

<https://natemat.pl/468533,bezczelnosc-plus-pis-przekracza-kolejne-granice-i-mu-to-nie-szkodzi>



**GUTE NACHRICHTEN!  
ANSCHIEINEND BEKAMEN SIE GIGANTISCHE  
HEIZKOSTENRECHNUNGEN**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Andrzej Poczobut nominiert für die Goldene Feder der Freiheit



Andrzej Poczobut

Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Von **Tomasz Jakubowski**

**A**ndrzej Poczobut, ein langjähriger Korrespondent der *Gazeta Wyborcza*, der gerade vom Lukaschenko-Regime zu acht Jahren Gulag verurteilt wurde, ist von unserer Redaktion für die Goldene Feder der Freiheit des Weltverbandes der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA) nominiert worden.

Andrzej Poczobut wurde im Februar unter dem absurden Vorwurf der Förderung des Totalitarismus und der Anstiftung zu ethnischen Konflikten angeklagt. Die belarussischen Behörden verurteilten ihn nach einem wahrhaft kafkaesken Prozess zu acht Jahren Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis. Das polnische Außenministerium bewertete die Entscheidung des Gerichts als skandalös und weitete die Sanktionen gegen Belarus aus. Im Zusammenhang mit dem Urteil gab es vielerorts Proteste. Journalisten aus fast allen Teilen der Welt traten zur Verteidigung von Poczobut auf.

Piotr Stasinski, ehemaliger stellvertretender Chefredakteur, nominierte Andrzej Poczobut im Namen der *Gazeta Wyborcza* für die Goldene Feder der Freiheit des Weltverbandes der Zeitungen und Nachrichtenverlage (WAN-IFRA).

„Poczobut ist ein Aktivist der polnischen Minderheit in Belarus und ein bekannter Journalist. Das eine wie das andere gilt im heutigen Belarus als Verbrechen“, schreibt Piotr Stasinski in dem Brief. „Andrzej zeigt der ganzen Welt, was es bedeutet, ein unabhängiger Journalist zu sein, obwohl er seit fast zwei Jahren

keinen einzigen Text mehr geschrieben hat (den letzten schickte er unserer Redaktion wenige Stunden vor seiner Verhaftung). Er zeigt Standhaftigkeit und Engagement für die Wahrheit. Und jeden Tag zahlt er den Preis dafür. Er verdient es, von der internationalen Journalistengemeinschaft und den Medien im Allgemeinen anerkannt zu werden“, unterstreicht Piotr Stasinski.

### **Repressionen gegen Andrzej Poczobut**

In einem Schreiben an den Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA) erinnert Piotr Stasinski daran, dass bereits im Jahr 2011 Andrzej Poczobut drei Monate im Gefängnis saß, weil er in der *Gazeta Wyborcza* Erzählungen veröffentlichte. Darin berichtete und kommentierte er ausführlich über den weißrussischen Autoritarismus und bezeichnete Lukaschenko mehrmals als Diktator. „Im März 2021 wurde er vom belarussischen KGB verhaftet und über ein Jahr lang in einem Hochsicherheitsgefängnis festgehalten. Von seinen ersten Tagen im Gefängnis an war Andrei Misshandlungen ausgesetzt, die die Merkmale von Folter trugen. Er wurde einem brutalen Gefängnisregime unterworfen und von jedem Kontakt mit seiner Familie abgeschnitten. Obwohl man zum Zeitpunkt seiner Verhaftung über seinen schlechten Gesundheitszustand Bescheid wusste, wurde er während seiner Inhaftierung absichtlich mit dem Coronavirus infiziert. Schließlich wurde er in eine Zelle des Blocks gesperrt, in dem Häftlinge aus der Todeszelle auf ihre Hinrichtung warten“, schreibt Piotr Stasinski. „All diese Repressionen zielten darauf ab, ihn zu brechen. Das Regime erwartet von Poczobut, dass er sich demütigt – dass er sich beim weißrussischen Diktator Alexander Lukaschenko entschuldigt und ihn um Gnade anfleht. Und dass dies schließlich dazu führen wird, dass er das Land verlässt, was Poczobut entschieden ablehnt“, fügte Piotr Stasinski hinzu.

### **„Befreie ihn aus den Klauen seiner Unterdrücker“.**

Kurz nach Bekanntgabe des Urteils verteidigten Journalisten und Politiker Poczobut. „Andrzej ist ein heldenhafter, mutiger Mann. Er ist, wenn man so will, ein freier Bürger des freien Weißrusslands. Er zeigt Stolz und Edelmut der alten Polen. In gewissem Sinne verkörpert er die wichtigsten Werte des heutigen Europas. Deshalb sollte sich ganz Europa heute hinter Andrzej Poczobut stellen und alles tun, um ihn aus den Fängen dieser grausamen Unterdrücker zu befreien, die würdige Erben Stalins und Hitlers sind“, kommentierte Adam Michnik die Verurteilung.

„Er ist für die belarussischen Behörden zur Verkörperung all dessen geworden, was das Regime fürchtet: Freiheit, Demokratie, Standhaftigkeit und Stärke. Indem Lukaschenko ihn verunglimpft und ins Gefängnis wirft, versucht er, den Belarussen weiszumachen, dass der Westen, mit dem sowohl Poczobut als auch Polen assoziiert werden, eine Brutstätte des Bösen ist. Die Belarussen glauben das nicht“, urteilte Svitlana Tikhanouska, die Vorsitzende der Partei Freies Weißrussland.

„Dies ist ein skandalöses Urteil, das politisch motiviert ist und sich gegen die polnische Minderheit in Belarus richtet“, teilte das polnische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten mit. „8 Jahre Gefängnis für Andrzej Poczobut. Eine unmenschliche Verurteilung durch das belarussische Regime. Dies ist ein weiterer Akt der Verfolgung von Polen in Belarus. Wir werden alles tun, um einem polnischen Journalisten zu helfen, der mutig die Wahrheit aufdeckt“, schrieb Premierminister Mateusz Morawiecki.

### **Prestigeträchtige Auszeichnung mit der Goldenen Feder der Freiheit**

Die Goldene Feder der Freiheit wird seit 1961 verliehen. Der Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA), in dem Redakteure und journalistische Organisationen aus mehr als 100 Ländern zusammengeschlossen sind, macht damit die internationale Gemeinschaft auf das Vorgehen staatlicher Behörden aufmerksam, die die Medienfreiheit einschränken und Journalisten unterdrücken.

In den letzten Jahren wurde der Preis unter anderem verliehen an Dmitry Muratov, Chefredakteur der unabhängigen russischen *Novaya Gazeta*, Maria Ressa aus den Philippinen, die später (zusammen mit Muratov) den Friedensnobelpreis erhielt, und vor einem Jahr an Jimmy Lai und die von ihm in Hongkong

geleitete Zeitung *Apple Daily*, die inzwischen von den chinesischen Behörden verboten wurde. Im September wurde diese prestigeträchtige Auszeichnung auf dem Weltmedienkongress in Saragossa an die Redakteure der *Gazeta Wyborcza* und an die Stiftung *Gazeta Wyborcza* verliehen.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75399,29452034,andrzej-poczobut-nominowany-do-zlotego-piora-wolnosci.html>



## Warum schränkt die PiS das Wahlrecht für die Auslandspolen ein? „3/4 der Auslandspolen haben für Trzaskowski gestimmt“



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Interview mit **Małgorzata P. Bonikowska**, Chefredakteurin der kanadisch-polnischen Tageszeitung „Gazeta“

### **Dorota Wysocka-Schnepf: Wenn man nur die Stimmen der Auslandspolen bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen berücksichtigen würde, wer würde Polen heute regieren?**

Dr. Małgorzata P. Bonikowska: Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 haben fast drei Viertel der im Ausland lebenden Polen für Rafał Trzaskowski gestimmt. Aber es ist auch wichtig, den Trend zu beobachten, d. h. wie er sich im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt hat. Und wenn man sich das anschaut, kann man erstens feststellen, dass das Interesse an der Teilnahme an den Wahlen im Ausland deutlich zunimmt. Im Jahr 2011 haben sich nur 126.000 Menschen registriert, während es 2019 bereits mehr als 300.000 waren. Und bei der letzten Präsidentschaftswahl wurde ein Rekord aufgestellt - mehr als 500.000 haben sich registriert und mehr als 400.000 haben teilgenommen. Das ist ein riesiger Unterschied. Es ist also schwer zu sagen, was wäre wenn. Aber diese letzte Wahl macht sehr deutlich, dass es nicht stimmt, dass Auslandspolen die PiS wählen.

**Und wenn nur die Stimmen der Auslandspolen entscheiden würden, hätte Rafał Trzaskowski die Präsidentschaftswahlen gewonnen, während bei den Parlamentswahlen 2019 die PiS weniger als 25 Prozent der Stimmen der Auslandspolen bekam, und die Bürgerkoalition fast 39 Prozent der Stimmen erhielt.**

Ja, das sind offensichtliche Tatsachen. Aber es geht auch darum, dass es eigentlich egal ist, wer für wen stimmt, wichtig ist, dass diese Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme Bedeutung hat. Denn sie haben ein heiliges Wahlrecht, das ihnen verfassungsmäßig garantiert ist. Dies ist im Übrigen kein Einzelfall. In der gesamten entwickelten Welt, in Europa (außer in Dänemark), wählt die Diaspora überall. In einigen Fällen ist die Stimmabgabe bei Parlamentswahlen ähnlich wie in Polen, d. h., man gibt seine Stimme in einem einzigen Bezirk ab. Denn wir alle, ob wir nun in Argentinien, Kanada oder England leben, stimmen für einen Bezirk in Warschau. In einigen Ländern - z. B. in Spanien oder Rumänien - werden sogar Diaspora-Vertreter gewählt. Das heißt, die Diaspora wählt dort ihren eigenen Vertreter.

**Ich bin mir nicht sicher, ob es nicht wichtig ist, wie die polnische Auslandsgemeinschaft abstimmt - glauben Sie, dass die PiS, indem sie jetzt das Gesetz ändert und es für Polen im Ausland schwieriger macht, an Wahlen teilzunehmen, nicht berücksichtigt, wie die polnische Gemeinschaft abstimmt?**

Natürlich berücksichtigt sie das. Sie schaut auf die letzte Wahl, sie sieht dieses unglaubliche Erwachen der polnischen Auslandsgemeinschaft, und deshalb ist es besser, es ihnen einfach schwerer zu machen zu wählen. Wenn die Wähler in erster Linie für PiS gestimmt hätten, scheint mir, gäbe es jede Anstrengung in die Richtung, die Wahlmöglichkeiten zu verbessern. Dieser letzte Änderungsantrag, der derzeit vom Senat geprüft wird, sieht vor, dass es keine Briefwahl geben soll. Und Briefwahlen hatte es bereits 2015 gegeben. Es stimmt nicht, dass die Briefwahlen im Jahr 2020 erstmals wegen der Pandemie durchgeführt wurden.

**Das muss klar und deutlich gesagt werden, denn die PiS sagt genau das: dass es sich um eine Pandemie-Bestimmung handelte und wir keine Pandemie mehr haben, so dass es jetzt keinen Bedarf mehr für eine Briefwahl gibt. Aber es gab das Jahr 2015.**

2015 gab es Briefwahlen, und auch 2020 gab es Briefwahlen wegen der Pandemie. Sie waren fürchterlich organisiert. Aus vielen Gründen. Offensichtlich hat der Postdienst nicht funktioniert, es gab nicht genug Zeit. Bei einer Präsidentschaftswahl gibt es zwei Wahlgänge und eine sehr kurze Zeitspanne zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, so dass es keine Möglichkeit gab, die Wahl rechtzeitig durchzuführen. Die Menschen hatten nicht die Möglichkeit, Wahlpakete zu verschicken. Im Moment ist die Sache einfach, es ist leicht zu organisieren. Zusammen mit einer Kollegin aus London, die dort die Organisation „Polonia wählt 2023“ vertritt, haben wir an den Beratungen des parlamentarischen Ausschusses für die Verbindung mit den Polen im Ausland teilgenommen. Wir wurden als Expertinnen befragt, wie die letzten Wahlen gelaufen sind und welche Vorschläge es für die Zukunft gibt. Und wie der Vorsitzende des Ausschusses und auch andere Experten sagten - das ist eine der Hauptforderungen, dass es eine Briefwahl geben sollte.

Einige von Ihnen wissen vielleicht nicht, dass die Entfernung zwischen einigen Städten in Kanada, wie Edmonton und Vancouver, 1160 km beträgt. Zwischen Florida und Washington sind es 1 000 km. In allen großen Ländern ist die Situation dramatisch. Aber auch in den europäischen Ländern, wenn man sich die Erfahrungen in Frankreich anschaut - wie viele Menschen konnten dort nicht wählen, weil es zu weit war. Es gibt Menschen mit Behinderungen, mit Kindern, Menschen, die krank sind oder die sich in einer solchen Situation befinden, dass sie sich nicht bewegen können. Auch in Europa gibt es große Entfernungen. Es müssen nicht 1160 km sein; 600, 400 oder sogar 200 würden reichen. Die Briefwahl ist das Einfachste, was eingeführt werden sollte.

**Dies gilt umso mehr, als es immer mehr Wahllokale im Ausland verschwinden. Während in Polen nun auch in den kleinsten Dörfern Wahllokale eingerichtet werden sollen, gibt es im Ausland immer weniger solcher Lokale.**

Ja, es gibt immer weniger. Nur um einen vergleichenden Blick auf Kanada zu werfen: Bei den Parlamentswahlen 2015 gab es sechs Ausschüsse, 2019 waren es nur noch vier. Bei den Präsidentschaftswahlen 2015 waren es fünf und 2020 nur noch vier. Man muss auch Länder wie das Vereinigte Königreich betrachten, wo es tausende von Personen pro Ausschuss gab. Dort hat man eine unvorstellbare Arbeit geleistet. Vierzig Stunden lang haben sie die Stimmen ausgezählt.

## **Wir erinnern uns auch an die Schlangen vor den Wahllokalen.**

Ja, und die Ausschüsse sind nicht in der Lage, dies zu verarbeiten. Und wenn die jetzt vorgeschlagene weitere „Verschlankung“ in Form von mehr Transparenz und der Verlesung jeder Abstimmung durch den Ausschussvorsitzenden vor dem gesamten Ausschuss in Kraft treten sollte, sprechen wir bereits von einer lächerlichen Anzahl von Stunden. Das werden diese Menschen nicht verarbeiten können.

Der nächste Punkt: Die Ausschüsse sollten dort eingerichtet werden, wo es von der Anzahl der dort lebenden Polen her logisch ist. Und nicht dort, wo es nur bequem ist. Das sind grundlegende Dinge. Aber die vorgeschlagenen Ersetzungen sind ein Weg, diese polnische Auslandsgemeinschaft einfach ein wenig zum Schweigen zu bringen. Und ihr das verfassungsmäßig garantierte Wahlrecht wegzunehmen.

## **Die Wahllokale verschwinden im Ausland, während sie in Polen in den kleinsten Dörfern zunehmen, weil die polnische Auslandsgemeinschaft immer mehr für die Demokratie eintritt?**

Ich denke schon. Es ist natürlich schwierig für mich, zu sagen, was die strategischen Lösungen sind, aber es sieht so aus. Denn es gibt keinen Grund, warum es nicht mehr dieser Ausschüsse geben sollte. In den Städten, in denen sie abgeschafft wurden, gibt es jemanden, der sich um diese Ausschüsse kümmert. Es geht nicht darum, dass wir keine Leute haben, die in solchen Ausschüssen sitzen.

## **Es gibt auch Überlegungen, dass nicht der Reisepass, sondern der Personalausweis erforderlich ist, um sich im Wahllokal auszuweisen. Würde eine solche Regelung dazu führen, dass viele Polen die Chance verlieren, zu wählen?**

Vor allem Personen, die weiter weg leben, d. h. Polen, die sich z. B. in Kanada oder den Vereinigten Staaten aufhalten, haben wahrscheinlich einen Reisepass. Polen, die in Polen leben und für kurze Zeit verreisen, die häufiger Kontakt mit ihrem Heimatland haben, haben vielleicht einen Personalausweis. Aber soweit ich weiß, ist das kein großes Problem, weil es nur eine kleine Anzahl von Menschen betrifft. Aber natürlich sollte es möglich sein, sowohl mit einem Reisepass als auch mit einem Personalausweis zu wählen.

## **Sie haben eine Petition verfasst, in der Sie die Wiedereinführung der Briefwahl und eine Erhöhung der Zahl der Wahllokale fordern.**

Die Petition wurde von einer großen Gruppe von Menschen vorbereitet, mehr als 50 Personen aus mehr als 30 Ländern, die sich also in unterschiedlichen geografischen und geopolitischen Situationen befinden. Und doch haben wir alle die gleichen Beobachtungen gemacht. Für uns ist es wichtig, dass diese Petition sowohl von Polen im Ausland als auch von Polen in Polen unterzeichnet wird. Es ist nicht nur eine Frage von uns. Es ist wichtig zu verstehen, dass wir, die Polen im Ausland, sehr an den polnischen Angelegenheiten beteiligt sind. Sowohl in geistiger als auch in emotionaler Hinsicht. Aber auch finanziell, also in jeder Hinsicht. Wir sind Teil dieser Gesellschaft. Wir haben das Wahlrecht, wir haben Bürgerrechte, wir sind Bürger. Die Einschränkung unserer Rechte bedeutet gleichzeitig eine Einschränkung der Dinge, wie sie aus der Sicht eines in Polen lebenden Polen sein sollten. Deshalb unterschreiben auch sehr viele Menschen, die in Polen leben. Wir appellieren sehr an die Polen in Polen, dies ernst zu nehmen. Es geht darum, die Achtung der verfassungsmäßigen Rechte einzufordern.

(...)

Ich möchte Sie an eine interessante Tatsache erinnern: Vor ein paar Jahren forderte die PiS, dass die polnische Gemeinschaft einen eigenen Senator wählen können sollte, später war sogar von zwei Senatoren die Rede. Der damalige Senatspräsident Stanisław Karczewski verkündete, dass der Gesetzentwurf fertig sei, dass die Arbeit sofort beginnen könnte - und dann passierte nichts.

Das ist im Sande verlaufen. Viele Dinge verlaufen im Sande.

**Und es fiel mit dem Moment zusammen, als die Stimmung in der polnischen Gemeinschaft auf die andere Seite kippte.**

Wenn man sich all dies ansieht, wird deutlich, dass es Bestrebungen und Versuche gibt, die einen zum Schweigen zu bringen. Und anderen eine Stimme zu geben. In Polen sind derzeit zwischen 6.000 und 10.000 neue Kommissionen zu schaffen, und zwar an Orten, die darauf völlig unvorbereitet sind. Es gibt nicht einmal Orte, an denen sie eingerichtet werden können. Denn in kommunalen Dörfern gibt es zumindest eine Art öffentliches Gebäude. In diesen winzigen Orten hingegen gibt es nicht einmal eine Kirche, sehr oft gibt es nur den Dorfvorsteher. Und der Dorfvorstand ist ein Privathaus, und man spricht davon, viele solcher neueren Ausschüsse an solchen Orten zu schaffen? Andererseits wird Menschen, die physisch nicht in der Lage sind, irgendwohin zu gehen, nicht die Möglichkeit gegeben, zu wählen? Ich habe den Eindruck, dass es hier ein Ungleichgewicht gibt. Es ist bekannt, dass die Regierenden auf Statistiken schauen, und die sind wie gesagt so: Eine halbe Million registrierte Personen ist viel.

**Glauben Sie, dass diese Petition die PiS beeinflussen wird? Denn für die Partei PiS geht es bei dieser Wahl um alles, auch für Polen, und wir wissen, dass die Partei alles tun wird, um zu gewinnen. Und wenn dieses Gesetz ihnen helfen soll, werden sie diese Änderungen einführen, ohne sich um irgendjemanden oder irgendwelche Petitionen zu kümmern.**

Es ist diese Art des Denkens, dass etwas, das wenig Chancen hat, nicht getan werden sollte. Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass wir alle gegen alles, was ungesetzlich und verfassungswidrig ist, entschlossen auftreten sollten. Und einfach gegen alles, was nicht fair ist.

Ich glaube fest daran, dass sie etwas bewirken wird, dass vielleicht jemand darüber nachdenken wird. Diese Petition ist an den Sejm, den Senat und den Präsidenten gerichtet. Im Moment wird das Gesetz im Senat diskutiert, aber es wird an den Sejm zurückgehen. Und ich glaube fest daran, dass die Menschen vernünftig sind, wenn sie wirklich darüber nachdenken. Vielleicht sollten sie sich genau diese Sitzung des Ausschusses für die Verbindung mit Polen im Ausland am 25. Januar anhören. Es gibt dort eine Menge wirklich interessanter Aussagen, nicht nur aus unserer Sicht als Auslandspolen, sondern auch von Experten aus Polen. Auch sie sagen, dass die Briefwahl eine sinnvolle und richtige Lösung ist. Ich zähle darauf, dass sich vielleicht jemand damit befasst und darüber nachdenkt.

Es ist absolut unmöglich, den schlimmen Dingen, die um uns herum geschehen, tatenlos zuzusehen, ohne einen Versuch des Widerstands zu unternehmen. Deshalb appellieren wir von Herzen an Sie alle, diese Petition nicht nur zu unterschreiben, sondern auch weiterzuleiten.

Und so wie die Polonia immer mit Polen ist, glauben wir, dass Polen mit dem Polonia sein sollte. Denn wir kämpfen für dieselben Dinge. Wir kämpfen für die Demokratie in Polen, für die Achtung des Gesetzes und dafür, dass Polen ein Land ist, in dem man gut leben kann. Wer weiß, vielleicht eines Tages auch für uns. Und darauf können wir wiederum hier im Ausland stolz sein und müssen uns nicht schämen.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,82983,29462805,czemu-pis-ogranicza-prawa-wyborcze-polonii-3-4-polakow-za.html>

## Was ist ein Sieg? Expertin: USA und Ukraine stehen vor schwierigen Gesprächen



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Maciej Czarnecki**

*Korrespondenz aus New York. Gespräch mit Liana Fix - Politikwissenschaftlerin, Historikerin, Expertin des amerikanischen Think-Tanks Council on Foreign Relations (CFR). Sie ist spezialisiert auf deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik, transatlantische Beziehungen, Russland und Osteuropa. [...]*

**Maciej Czarnecki:** Sie haben ein Buch darüber veröffentlicht, wie Deutschland die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland im 21. Jahrhundert beeinflusst hat. Wenn Sie den Polen das deutsche Zögern bei den Waffenlieferungen an die Ukraine nicht erklären können, wird es wohl niemand mehr tun.

**Liana Fix:** Es ist wichtig, zu verstehen, dass das deutsche Zögern nicht aus dem Glauben resultiert, dass es nach dem Krieg eine Rückkehr zu normalen Beziehungen mit Moskau geben wird. Es wird keine Rückkehr zu Nord Stream 1 und 2 geben, das ist für Berlin ein abgeschlossenes Thema.

Das Zögern rührt von einer Einschätzung der mit einem Krieg verbundenen Risiken her. Das Risiko einer möglichen Eskalation ist das höchste seit dem Ende des Kalten Krieges. Die polnische Perspektive geht davon aus, dass Russland, wenn es keine verheerende Niederlage erleidet, die Lust hat, weiterzugehen, was zu einem Konflikt mit der NATO führen würde. Nach deutsch-französischer Einschätzung ist es genau eine solche verheerende Niederlage, einschließlich des Verlusts der Krim, die zu einer Eskalation führen könnte.

Polen sieht in Russland eine nationale Sicherheitsbedrohung. Deutschland nicht so sehr. Meinungsumfragen zeigen, dass weniger als die Hälfte der deutschen Öffentlichkeit Russland als ernsthafte militärische Bedrohung und als Gefahr für die territoriale Integrität des Landes ansieht. Dies ist eine Frage der Geografie und der historischen Erfahrung. Für die Deutschen ist Russland eine Bedrohung für die NATO und die europäische Sicherheit, aber nicht unbedingt eine unmittelbare Gefahr für die nationale Sicherheit.

### **Dennoch haben die Deutschen ihre Haltung etwas geändert.**

Die größte Veränderung trat unmittelbar nach der Invasion ein. Für viele kam der Krieg überraschend. Eine Zeit lang schien es den Deutschen, dass ihre Sicherheit auf dem Spiel stand. Doch die anschließenden Erfolge der Ukraine führten zu der Überzeugung, dass Russland nicht so stark ist wie bisher angenommen, dass es eingedämmt werden kann und dass die Ukraine sozusagen ein Schutzschild ist. Wenn man den Wert des russischen Militärs überschätzt, kann man ihn nach einer Reihe von Niederlagen schnell wieder unterschätzen.

Für mich ist es ermutigend, dass Deutschland – trotz der Schwierigkeiten bei der Entscheidung zur Übergabe des Leopards 2 - offenbar verstanden hat, dass 2023 entschieden gehandelt werden muss. Die Lieferung zunächst von leichten gepanzerten Fahrzeugen und dann die Ankündigung von Panzern zeigen, dass Berlin nicht irgendeinem Minsk-3-Abkommen hinterherläuft und den Bedarf nicht nur für die ukrainische Verteidigung, sondern auch für offensive Operationen sieht.

### **Nur, dass jedes Land diese „entscheidenden Aktionen“ anders versteht.**

Es gibt auch unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie der Krieg enden soll. Aus deutscher Sicht ist es das Ziel des Westens, an die Frontlinie vor dem 24. Februar 2022 zurückzukehren. Aus polnischer Sicht, so scheint es mir, die Befreiung aller ukrainischen Gebiete.

**Die New York Times schrieb kürzlich, der Krieg in der Ukraine „beschleunigt die Verschiebung der Macht in Europa nach Osten“. Polen und die baltischen Staaten sind die größten Fürsprecher der Ukraine in Europa. Ihre Stimmen finden immer mehr Gehör, es gibt Forderungen nach einer EU- und NATO-Erweiterung, amerikanische Truppen sind an der Ostflanke der NATO eingetroffen, Präsident Joe Biden wird bald in Warschau eintreffen ....**

### **Erwarten Sie, dass dies eine dauerhafte Verschiebung sein wird?**

Es gibt sicherlich eine solche Verlagerung nach Osten, aber ich glaube nicht, dass sie so entscheidend ist. Die Panzerdebatte hat deutlich gemacht, dass, selbst wenn Polen, Großbritannien und andere Länder Deutschland an die Wand spielen, sich Deutschland nicht automatisch an diese Erwartungen hält. Wir sehen also einen verstärkten Einfluss Warschaws in der Sicherheitspolitik, was aber nicht zu einer von Berlin unabhängigen Führungsrolle in Europa führt.

Erinnern wir uns an die Stärke der deutschen und französischen Volkswirtschaften. Dennoch werden wirtschaftliche und finanzielle Fragen der Schlüssel für die Integration der Ukraine in die EU sein. In Sicherheitsfragen findet eine Verschiebung statt.

### **Polens Position wird durch Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit geschwächt.**

Definitiv. Dieses Thema wird wiederkehren. Die Tatsache, dass Polen zu einem Frontland geworden ist, reicht nicht aus, damit die EU ihre Augen vor den inneren Angelegenheiten des Landes verschließt. Sicherlich haben viele in Europa erleichtert aufgetatmet, als sie sahen, dass sich die Beziehungen zwischen Warschau und Budapest gelockert haben.

Was die USA betrifft, so hat man den Eindruck, dass sie sorgfältig abwägen, ob sie die Last ihrer Unterstützung auf die neue europäische Nord-Ost-Achse verlagern sollen oder ob es eher in ihrem strategischen Interesse liegt, Europa so geeint wie möglich zu halten. Ich würde sagen, dass sie im Moment eher zu Letzterem tendieren.

## **Wie würde eine solche Lastenverschiebung aussehen?**

Sie würde bedeuten, dass Washington die Einschätzungen Polens gegenüber anderen Ländern in der Region in Bezug auf den Krieg in der Ukraine teilt. Gleichzeitig hat es vorerst ähnliche Bedenken gegen eine Eskalation wie Deutschland. Es geht also nicht davon aus, dass unbedingt das gesamte ukrainische Territorium befreit werden muss.

In der amerikanischen politischen Optik ist Warschau nach wie vor nicht die erste europäische Hauptstadt, die in wichtigen Angelegenheiten angerufen wird.

## **Volodymyr Zelenski fordert eine Beschleunigung der Waffenlieferungen. Er befürchtet, dass die Zeit ein Verbündeter Russlands ist. Sind Sie der Meinung, dass dies wirklich der Fall ist?**

Die Frage, wer in diesem Krieg durch den Lauf der Zeit begünstigt wird, hat sich bereits mehrfach geändert. Zum jetzigen Zeitpunkt könnte dies tatsächlich der Fall sein. Wir haben in den USA einen Kongress bekommen, in dem es schwieriger sein wird, Unterstützung für die Ukraine zu bekommen. Die USA spielen eine äußerst wichtige Rolle, da im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen anstehen. Jede Störung dieser Rolle durch die Innenpolitik wird Auswirkungen auf den Verlauf des Krieges in der Ukraine haben.

## **Wie könnte er Ihrer Meinung nach enden?**

Für mich ist das wahrscheinlichste Szenario, dass die Ukraine weiter gewinnt, mehr Land zurückgewinnt und näher an die Krim heranrückt.

Irgendwann werden wir uns überlegen müssen, ob wir eine Diskussion über das Ende des Konflikts führen wollen, und wie diese aussehen könnte. Russland wird seine Waffen sicherlich nicht niederlegen, zumindest nicht ohne einen Regimewechsel. Es wird argumentieren, dass es sich an die Front zurückzieht, selbst wenn ihm nur die Krim und einige Restgebiete in der Ostukraine bleiben. Kiew wird versuchen, alle Gebiete zu befreien. Die Frage ist, ob das Bündnis und die Ukraine in der Lage sein werden zu sagen: kein vollständiger Sieg, aber dennoch ein Sieg. Die Alternative wäre eine Fortsetzung der Kämpfe über viele Jahre hinweg.

## **Biden bekräftigt, dass die Ukrainer selbst entscheiden müssen, ob es an der Zeit ist, zu verhandeln. Aber in der Praxis werden sie ohne weitere westliche Unterstützung wenig ausrichten können.**

Irgendwann wird es daher eine Diskussion darüber geben, ob die bereits erzielten Siege „gut genug“ sind. Das wird schwierig sein; im Moment wird sie vermieden. Wenn man unterschiedliche Vorstellungen von den Kriegszielen hat und sich nicht einigen kann, ist es besser, eine ambivalente Haltung einzunehmen. Das kann aber nicht ewig so weitergehen. Die Diskussion, von der ich spreche, wird sich hauptsächlich zwischen den USA und der Ukraine abspielen.

## **In einem Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* haben Sie im Dezember zusammen mit Michael Kimmage argumentiert, dass die Ukraine nicht überstürzt versuchen sollte, die Krim zurückzuerobern. Der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister Andrei Zagorodniuk antwortete Ihnen: Die Ukraine kann und sollte sie befreien. Nun, warum nicht?**

Das ist eine unglaublich komplizierte Angelegenheit. Wenn die Krim unter Druck gerät, könnte sie unserer Meinung nach als Argument bei Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen verwendet werden. Außerdem würde ein Versuch, die Krim zurückzuerobern, der Ukraine wahrscheinlich enorme menschliche Verluste bringen. Und es wäre eine größere Eskalation als etwa die Gegenoffensive auf Charkow.

Wir müssen über den künftigen Status der Krim, ihre Entmilitarisierung und so weiter nachdenken. Sie mit militärischen Mitteln zurückzuerobern und zu erhalten, wäre für die Ukraine schwieriger als für die anderen Gebiete - aus vielen Gründen, nicht zuletzt wegen der besonderen soziodemografischen Situation auf der Halbinsel, selbst wenn viele Russen oder prorussische Menschen nach Russland auswandern würden. Wie auch immer, wir sind noch weit von dieser Diskussion entfernt.

**Was halten Sie von den Spannungen in Russland zwischen den Verantwortlichen für die Kriegsführung? Sie sind sicherlich ernst, aber ich habe den Eindruck, dass sie auch ein wenig Theater beinhalten. Nehmen Sie den ehemaligen Präsidenten, Wladimir Putins Vertrauten Dmitrij Medwedew, der zum Falken geworden ist und solche Stimmungen in einer vom Kreml gesteuerten Weise verwaltet.**

Zwei Dinge sind für mich im Moment besonders interessant. Erstens, die Unzufriedenheit in der Gesellschaft angesichts einer weiteren Rekrutierung. Zweitens, die Macht von Jewgeni Prigoschin, dem Gründer der Wagner-Gruppe.

Der kürzliche Austausch von Surowikin gegen Gerassimow als Oberbefehlshaber der russischen Armee in der Ukraine, die Anschläge, die Prigoschin verübt hat, die Tatsache, dass er ein großes Ausbildungszentrum in Moskau eröffnet hat - all dies sind Anzeichen für ein äußerst dynamisches Machtverhältnis. Prigoschin ist ein Außenseiter, aber seine Kontrolle über die paramilitärischen Gruppen verleiht ihm großen Einfluss. Viele sind zu dem Schluss gekommen, dass er begonnen hat, seine Position zu verlieren, aber meiner Meinung nach ist es zu früh, dies zu verkünden.

**Selbst wenn Putin geht, wird er höchstwahrscheinlich eher durch einen „anderen KGB-Schurken“ als durch einen aufgeklärten Demokraten ersetzt werden, wie mir der Politikwissenschaftler Eliot Cohen kürzlich in einem Interview sagte.**

Viele führen das Beispiel der Ankunft von Gorbatschow an und argumentieren, dass es eine Chance für positive Veränderungen gibt, aber das ist Wunschdenken. Gorbatschow kam lange nach Stalins Tod, zu einer Zeit, als die UdSSR im Zerfall begriffen war. Der Sprung von Putin zu einem neuen Gorbatschow ist ebenso wahrscheinlich wie der von Stalin zu Gorbatschow. Zuerst muss sich das System ändern. Darauf habe ich nicht viel Hoffnung, es sei denn, wir reden über eine jahrzehntelange Perspektive.

**Das Einzige, worauf wir hoffen können, ist jemand, der etwas weniger finster ist als Putin?**

Vielleicht ein zweiter Breschnew!

**Max Bergmann von der Denkfabrik Center for Strategic and International Studies (CSIS) beklagt, dass der Westen den russischen Bürgern und Eliten keine attraktive Alternative zum Regime angeboten hat. Dass er Russland wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg behandeln und verheerende Reparationen fordern will. Seiner Ansicht nach sollten wir „Russland einen alternativen Weg anbieten und eine Vision einer liberaleren Zukunft skizzieren“. Ist da etwas Wahres dran, oder versteht Bergmann Russland nicht? Schließlich lehnen sich die Menschen nicht so sehr gegen das Regime auf, nicht, weil es ihnen an Visionen mangelt, sondern weil sie für viele Jahre im Gulag landen könnten. Außerdem könnte jede Ermutigung oder jedes Versprechen von Moskau als Schwäche ausgelegt werden.**

Im Prinzip sind das gute Argumente. Was wir brauchen, ist eine gewisse positive Vision, Hoffnung für die Zukunft. Die gibt es in Russland nicht. Selbst Weißrussland hat Politiker im Exil, an die es sich wenden kann. Sie haben Vorstellungen davon, wie das Land nach den Veränderungen aussehen könnte.

Andererseits weiß ich nicht, ob es der Westen ist, der ein solches alternatives Narrativ liefern sollte. Es geht nicht nur darum, Zugang zu den Russen zu bekommen, sondern auch darum, wie man sie der Öffentlichkeit präsentiert. Der Informationsbereich ist heute so geschlossen. Dieses Narrativ müsste glaubwürdig sein. Letzten Endes muss sie in Russland selbst geschaffen werden, so wie es in der Gorbatschow-Ära geschah. Der Westen kann versuchen, dies zu unterstützen, das ist nichts Gefährliches, aber ich würde unseren Einfluss nicht überschätzen.

[...]



**Der republikanische Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus, Michael McCaul, spottete kürzlich über Forderungen, sich auf andere Themen als die Ukraine zu konzentrieren: „Schließlich kann man gleichzeitig laufen und Kaugummi kauen“. Seiner Meinung nach müssen die Kritiker der Hilfe für Kiew aufgeklärt werden. Verstehen sie wirklich nicht, wie wichtig dieses Thema für Amerika und die Welt ist, oder sind sie nur zynisch?**

Ich glaube, da gibt es einfach unterschiedliche Tendenzen. Einige sind wirklich zynisch, andere würden es vorziehen, sich mehr auf die Innenpolitik zu konzentrieren. Wieder andere sehen die größte Bedrohung in China und sind der Meinung, dass Amerika in Europa nicht mehr eine so wichtige Rolle spielen sollte wie während des Kalten Krieges. Über jedes dieser Argumente lässt sich streiten.

Aber der Druck auf die Republikaner, gegenüber Russland hart durchzugreifen, wird groß sein. Diese Rebellen sind nicht in der Mehrheit. Hinzu kommt, dass es auch auf der linken Seite der Demokraten Bedenken gegen einen Krieg und eine Beteiligung der USA gibt.

Wir sollten versuchen, die verschiedenen Motivationen zu verstehen, anstatt sie in einen Topf zu werfen. Denn wenn wir sie verstehen, können zumindest einige von ihnen geändert werden.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75399,29458918,czym-jest-zwyciestwo-ekspertka-usa-i-ukraine-czekaja-trudne.html>

## Die EG beschwert sich beim EuGH über das Przymorski-Tribunal. „Eine historische Klage. Wer den Wind sät, wird den Sturm ernten“



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Lukasz Woźnicki**

„Kein anderes Verfassungsgericht hat ein so unionsfeindliches Urteil gefällt. Aus der Sicht des EU-Systems ist diese Reaktion also verständlich“, sagt Dr. Maciej Taborowski, über die Beschwerde der Europäischen Kommission gegen das polnische Verfassungsgericht.

„Ein solches Verfahren hat es in der Geschichte der gesamten EU bisher noch nicht gegeben. Für unseren Staat und unsere Bürger ist es ein Grund, sich zu schämen, dass wir eine Situation herbeigeführt haben, in der eine solche historische Beschwerde ihren Weg zum EuGH finden musste“, kommentiert Dr. Maciej Taborowski, Professor am Institut für Rechtswissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Experte für EU-Recht, die Entscheidung der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch bekannt gegeben, dass sie eine weitere Beschwerde gegen Polen an den EuGH richten wird. Der Grund ist die Verletzung von EU-Recht durch das von der PiS kontrollierte Verfassungsgericht und dessen Rechtsprechung.

Brüssel hat entschieden, dass das von PiS-gewählten so genannten „Doppelrichtern“ geleitete Verfassungsgericht „nicht mehr den Anforderungen an ein unabhängiges und unparteiisches Gericht entspricht“. Ein weiterer Grund sind die Urteile des Verfassungsgerichts über die Unvereinbarkeit von EU-Recht mit der polnischen Verfassung. Die Europäische Kommission ist der Ansicht, dass sie den Grundlagen der Union schaden und den polnischen Bürgern die Garantien vorenthalten, auf die EU-Bürger Anspruch haben.

„Wir waren der Kanarienvogel in der Kohlenmine, der direkt versucht hat, der Kommission zu erklären, welche Folgen die Urteile über den Vorrang des EU-Rechts haben würden“, sagt Taborowski. Im Jahr 2021 vertrat er als stellvertretender Beauftragte für Bürgerrechte den Bürgerbeauftragten in Fällen, die zwei Urteile betrafen, in denen EU-Gesetze für verfassungswidrig erklärt wurden. Der Ombudsmann warnte, dass die Urteile zu einer Verletzung der internationalen Verpflichtungen Polens führen und die Position des Landes in der EU gefährden würden.

### **„Es gab noch kein Urteil, das so EU-feindlich war“.**

In einem Urteil vom Juli 2021. erklärte das Verfassungsgericht es für verfassungswidrig, die Garantien des EuGHs für die polnische Justiz zu befolgen. In einem Urteil vom Oktober 2021 nahm sie die polnischen Gerichte von den EU-Garantien für die Unabhängigkeit aus. Die Urteile sollten die Justiz-„Reformen“ der PiS vor für die Machthaber ungünstigen Urteilen des EuGHs schützen. Die Kommission stellte zu diesem Zweck den Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts in Frage.

„Denjenigen, die mit der EU zu tun haben, war klar, dass ein solch weitreichender Eingriff in den Grundsatz des Vorrangs und der Wirksamkeit des EU-Rechts nicht unwidersprochen bleiben würde“, sagt Taborowski. „Kein anderes Verfassungsgericht hat bisher ein derartig ablehnendes Urteil über die EU gefällt. Aus der Perspektive des EU-Systems ist diese Reaktion also verständlich“, kommentiert er die Entscheidung der Kommission.

Auch für die Regierung der PiS kommt die Entscheidung der Kommission, vor dem EuGH zu klagen, „nicht überraschend“. „Sie wird es uns ermöglichen, unsere Argumente im weiteren Verfahren vor dem EuGH vorzubringen“, sagte der Minister für EU-Angelegenheiten, Szymon Szykowski vel Sęk, gegenüber PAP. „Polen kenne die Argumente der EU-Kommission und teile sie nicht, da die verfassungsrechtliche Rechtsprechung nach wie vor ausschließlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten falle“.

„Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung wird nicht aus dem EU-Recht herausgenommen. Die Verfassungsgerichte stellen Fragen an den EuGH, sie stehen im Dialog mit ihm, sie sind in die Anwendung des EU-Rechts eingebunden“, kommentiert Taborowski die Aussage von Szykowski vel Sęk. „Die Position des Ministers überrascht mich nicht, da die Regierung solche Argumente bereits vorgebracht hat. Aber eine solche Haltung der Regierung kostet den polnischen Steuerzahler eine Menge Geld“, fügt er hinzu.

### **Konkrete Verluste für polnische Steuerzahler**

Die Urteile aus dem Jahr 2021 wurden von der Regierung als Vorwand benutzt, um den Urteilen des EuGHs nicht nachzukommen. Das Ergebnis war, dass das EU-Gericht Polen eine Geldstrafe auferlegte, die bis heute anhängig ist (bereits 469 Millionen Euro), und Gelder aus dem Nationalen Wiederaufbauplan einbehält. „Die Sorglosigkeit derjenigen, die darauf beharren, im Recht zu sein, obwohl die Fakten ganz anders aussehen, kostet Geld. Wer den Wind sät, wird den Sturm ernten“, witzelt Taborowski.

Polen muss auch mit Sanktionen rechnen, wenn es einem möglichen Urteil des EuGHs, das auf die Beschwerde der EU folgen könnte, nicht nachkommt. Was passiert, wenn der EuGH einen Verstoß gegen das EU-Recht feststellt? Ein solches Urteil könnte dazu führen, dass das Verfassungsgericht, das mit „Doppelrichtern“ besetzt ist, geändert werden muss. „Der EuGH könnte entscheiden, dass ein Urteil, das von dem ‚Doppelrichter‘ im Sinne des EU-Rechts gefällt wird, fehlerhaft ist. Der Staat müsste dann etwas dagegen unternehmen. Deshalb haben wir vor dem EuGH gesagt, dass die ‚Doppelrichter‘ keine Urteile fällen sollten, da dies zu konkreten Verlusten für die polnischen Steuerzahler führen könnte“, sagt der Jurist.

Wie er hinzufügt, wird es sehr viel schwieriger sein, die Auswirkungen der EU-Urteile des Verfassungsgerichts rückgängig zu machen. „Das polnische Verfassungsgericht hat mithilfe der großzügigen Interpretation der Verfassung die Möglichkeit der Anwendung von EuGH-Urteilen zur Unabhängigkeit der Justiz weitestgehend ausgeschlossen. Und die Unabhängigkeit der Justiz ist Teil der Identität der EU, d. h. etwas, das für ihr Funktionieren absolut unverzichtbar ist“, so Taborowski.

„Darüber hinaus hat das Verfassungsgericht hart daran gearbeitet, die Möglichkeit zu sperren, Verstöße gegen EU-Recht einfach rückgängig zu machen. Dies würde entweder eine Änderung der Rechtsprechung

des Verfassungsgerichts oder eine Verfassungsänderung erfordern. Ohne diese wäre es sehr schwierig, das Urteil des EuGHs umzusetzen“, fügt er hinzu.

Taborowski sieht eine Chance bei den polnischen Gerichten. Aus der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs folgt, dass, wenn das Verfassungsgericht die EU-Vorgaben nicht einhält, die Gerichte seine Urteile als nicht bindend für die Anwendung des EU-Rechts betrachten können. Polnische Gerichte missachten bereits die Urteile des Verfassungsgerichts aus verschiedenen Gründen.

„Stellt der EuGH einen Verstoß gegen die EU-Vorschriften fest, kann jedes Urteil des Verfassungsgerichts, das in einer fehlerhaften Zusammensetzung ergangen ist, von den nationalen Gerichten missachtet werden. Die Richter haben diese Befugnis, sich über die Urteile des CT hinwegzusetzen und unseren Status als Staat der Union zu retten. Vielleicht wird die Feststellung eines Verstoßes durch den EuGH mehr Gerichte dazu veranlassen, von diesem Mechanismus Gebrauch zu machen“, so Taborowski.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,29467159,ke-skarzy-w-tsue-trybunal-przylebskiej-historyczna-skarga.html>

## Wie viele Verbrechen muss Russland in der Ukraine noch begehen, damit es von den Olympischen Spielen ausgeschlossen wird?



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

**D**er Ausschluss Russlands von den Spielen in Paris und der Olympia-Boycott, wenn der Rauswurf nicht erfolgt, haben die Sportwelt gespalten.

Als der Chor in der Budapester Staatsoper auf der Andrassy Ut am Sonntag, fast ein Jahr nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine, auf Russisch „Der Tod erwartet den Feind, wenn Russland sich erhebt“ aus „Krieg und Frieden“ sang, bereitete sich der ungarische Außenminister Péter Szijjártó auf seinen Flug nach Minsk in Belarus vor. Einen Tag später lautete der Titel einer Reuters-Meldung: „Streit um die Olympischen Spiele. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in Minsk“.

Dieser eine Absatz über die Reise eines EU- und Nato-Mitglieds nach Weißrussland zeigt die Spaltung der Welt über die Zulassung von Russen und Weißrussen zu den Spielen in Paris und den Boycott der Olympischen Spiele. Er spricht von einem sich zuspitzenden Streit - zwischen westlichen Ländern, die zum Ausschluss entschlossen sind, und solchen, die zögern oder Russland bevorzugen; zwischen Regierungen und Sportorganisationen; zwischen Athleten, zwischen Fans.

### **Ukrainische Sportler sterben an der Front**

Das IOC sucht nach einem Ausweg für die Russen bei den Spielen und wird dabei von vielen internationalen Sportverbänden sowie von den Athleten selbst unterstützt. Sie wollen, dass sie alle als Neutrale antreten, ohne Hymne, ohne Flagge, ohne Nationalfarben. „Sind die Sportler schuld am Krieg? Der Sport soll vereinen“, fragen sie und argumentieren.

Angesichts des Widerstands hat das Olympische Komitee seinen Kurs verschärft und droht selbst Ländern mit einem Boykott. IOC-Chef Thomas Bach - ein ehemaliger olympischer Goldmedaillengewinner im Fechten - sagt, ihre Bemühungen, Russland und Belarus auszuschließen, seien bedauerlich.

Die Ukraine, deren 230 Athleten und Trainer bei der Verteidigung ihres Heimatlandes getötet wurden, erwägt einen Boykott. In den letzten Tagen wurde der 25-jährige Eiskunstläufer Dmytro Sharpar, ein Teilnehmer an den Jugendspielen, an der Front getötet. Wenn die Ukraine die Olympischen Spiele boykottiert, werden andere Länder folgen. Vielleicht auch Polen, was die PiS-Regierung nicht ausschließt. Aber nicht alle westlich-demokratischen Länder sind dafür, und es ist nicht nur Ungarn, über das wir hier sprechen.

Selbst die informelle Gruppe der 35 entschlossensten Länder (darunter Polen, aber auch die baltischen, skandinavischen Länder, USA, Australien, Japan) ist in der Frage eines Boykotts, nein, der Androhung eines Boykotts, d.h. der Stellung eines Ultimatums an das IOC, uneins. Polen schlägt vor: russische Dissidenten als Flüchtlingsteam zuzulassen. Aber das ist ein Hirngespinnst, ein Märchen, solche Russen gibt es nicht oder herzlich wenig, denn rund 75 Prozent der Sportler in Russland sind mit dem Militär oder den Diensten verbunden.

Das IOC drängt weiter: „Man kann einen Athleten nicht wegen seines Passes ausschließen“, entgegen der offensichtlichen Tatsache, dass Sport und Athleten ein Werkzeug in diesem Krieg für Wladimir Putin sind, eine Plattform für Kriegspropaganda. Wenn ein Russe Tennis spielt - ein weiterer Riss und eine Inkonsequenz in der Haltung des Sports gegenüber Russland - erscheinen Kriegssymbole, neue Hakenkreuze, die „Z's“ auf den Tribünen, das lässt sich nicht entfernen und würde auch in Paris nicht entfernt werden.

### **Russland verstärkt seine Propagandafront**

Russland empfindet den Ausschluss von den Olympischen Spielen als reale Bedrohung. Deshalb verstärkt es eine neue Front: Russische Athleten, ehemalige Stars, äußern sich nun massenhaft über die angebliche Heuchelei des Auslands, schreiben Briefe und Appelle. Gleichzeitig sorgen diese Russen, die zum Teil noch immer internationale Verbände leiten, für echte Durchbrüche. Bei den kommenden Boxweltmeisterschaften wird es russische Hymnen geben, es wird Fahnen geben, es wird Nationalfarben geben. Chef des Boxens ist der Russe Umar Kremlev, der den Boxern Unterstützung von Gazprom und Preisgelder - bis zu 200.000 Dollar für die Sieger - zur Verfügung stellt. Ein Boykott der Meisterschaften wurde von den USA, Irland, dem Vereinigten Königreich, der Tschechischen Republik, Schweden und Polen angekündigt (von der Ukraine ist nichts bekannt).

Die Position des IOC wird vom UN-Sonderberichterstatter unterstützt, der an den Krieg gegen den Irak (unter Beteiligung Polens an der Koalition) erinnerte: „Als die USA 2003 einen unrechtmäßigen Krieg begannen, verlangte niemand, dass Michael Phelps vom Schwimmen ausgeschlossen wird“. Ein schockierender und unzulässiger Vergleich, der aber bei den Sportverbänden funktioniert. Um die Dinge auszugleichen: Die Entfesselung von Krieg und Verbrechen war bereits Grund für den Ausschluss von den Spielen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden Ungarn, Deutschland, Österreich, Bulgarien und die Türkei (das Osmanische Reich) ausgeschlossen, weil sie von den Siegerstaaten für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gemacht wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Deutschland und Japan ausgeschlossen - wegen der Entfesselung des Krieges und der Kriegsverbrechen.

In der Ukraine entwickelt Russland eine neue Offensive, bei der Zehntausende weitere Menschen sterben werden. Wie viele Verbrechen muss Russland in der Ukraine noch begehen, damit das IOC es als Verstoß gegen die olympischen Gebote ansieht und es nicht zu seinen Feierlichkeiten einlädt?

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,154903,29464189,ile-jeszcze-zbrodni-w-ukrainie-musi-dokonac-rosja-zeby-ja-wyrzucic.html>



Quelle: [wp.pl](http://wp.pl)

„Wir sind seit hunderten von Jahren Nachbarn von Russland. Wir kennen sie und ihre Kampfmethoden, das ist für uns keine Überraschung. Die Kampfstandards der russischen Armee sind völlig anders als die des Westens. Es ist unmöglich, Russland mit dem Westen zu vergleichen.“

**Gen. Rajmund Andrzejczak** - Chef des polnischen Generalstabs

Quelle: <https://wiadomosci.wp.pl/polski-general-w-amerykanskiej-tv-nie-porownujcie-rosji-do-zachodu-6865027643734656a>

**buecher.de**

Darüber lacht Polen

[https://www.buecher.de/shop/theosophie/darueber-lacht-polen/kneip-matthias/products\\_products/detail/prod\\_id/66981202/](https://www.buecher.de/shop/theosophie/darueber-lacht-polen/kneip-matthias/products_products/detail/prod_id/66981202/)

---

**tagesspiegel.de**

Flüchtlinge aus der Ukraine: Polen und Deutschland leisten in der EU am meisten

<https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-aus-der-ukraine-polen-und-deutschland-leisten-in-der-eu-am-meisten-9343202.html>

---

**dw.com/de**

Polen und die Türkei - Partner seit Jahrhunderten

<https://www.dw.com/de/polen-und-die-t%C3%BCrkei-partner-seit-jahrhunderten/a-64697529>

---

**euronews.com**

Warum wollen polnische Frauen keine Kinder bekommen?

<https://de.euronews.com/2023/02/14/warum-wollen-polnische-frauen-keine-kinder-bekommen>

---

**juedische-allgemeine.de**

Antisemitische Hasspredigt - Polen: Priester zu 180 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt

<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/polen-priester-wegen-antisemitischer-hasspredigt-zu-180-stunden-gemeinnuetziger-arbeit-verurteilt/>



## **DEKODER auf Deutsch**

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

## **DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

## **POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

## **REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik